

Inhaltsverzeichnis

1. VÖB
2. Lobbyisten in Ministerien
3. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
4. Bundesverband Deutscher Banken
5. Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands

Der **Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)** ist der Spitzenverband der von der öffentlichen Hand getragenen Banken in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 62 Mitgliedsinstituten, die sich hauptsächlich aus Landesbanken und bundes- oder landeseigenen Förderbanken zusammensetzen.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)

Rechtsform e.V. (VR 19841, Vereinsregister Berlin)

Tätigkeitsbereich Finanzlobby

Gründungsdatum

Hauptsitz

Lobbybüro

Lobbybüro Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5, EU 1040 Brüssel

Webadresse www.voeb.de

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur	2
1.1 Mitgliedschaft	2
2 Verbindungen und Kooperationen	2
3 Fallbeispiele und Kritik	3
3.1 Lobbyisten in Ministerien	3
4 Weiterführende Informationen	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
6 Einzelnachweise	4

Organisationsstruktur

Mitgliedschaft

Neben ordentlichen Mitgliedern, die nicht gleichzeitig ordentliche Mitglieder eines kreditwirtschaftlichen Verbandes privatrechtlicher Kreditinstitute sein sollen, hat der VÖB auch eine Reihe außerordentlicher Mitglieder. Dazu zählen verschiedene Landesbausparkassen, die Börse Stuttgart, die Postbank und die [Kreditanstalt für Wiederaufbau](#)^[1].

Verbindungen und Kooperationen

Der VÖB arbeitet

- mit dem [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#),
- dem [Bundesverband Deutscher Banken](#),
- dem [Deutschen Sparkassen- und Giroverband](#),

- und dem [Verband deutscher Pfandbriefbanken](#)

im Spitzenverband [Deutsche Kreditwirtschaft](#) (ZK) zusammen.

Das Büro in Brüssel vertritt die Interessen des VÖB gegenüber europäischen Institutionen. Der Verband ist Mitglied des [Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken](#) (European Association of Public Banks, EAPB), Brüssel.

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Der VÖB war an der Erstellung einiger Gesetze und Verordnungen des Finanzministeriums beteiligt, sowie durch einen Mitarbeiter im Verkehrsministerium vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.04.2005 - 31.03.2007 ^[2]
Mitarbeiter	Mitarbeiter der HSH Nordbank als Vertreter des Zentralen Kreditausschusses ^[3] (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft)
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 3 ^[2] ; Mitarbeit an folgenden Rechtsetzungsakten: -Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzlinie vom 17.11.2006; -Verordnung über die angemessene Eigenmittelauslegung von Instituten, Institutgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvolabilitätsverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Erfassung, Bemessung, Gewichtung und Anzeige von Krediten im Bereich der Großkredit- und Millionenkreditvorschriften des Kreditwesengesetzes (Groß- und Millionenkreditverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung) vom 14.12.2006

Lobbyisten im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006 ^{[3][4]}
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	Mitarbeit in der Taskforce "Public Private Partnership", fachspezifische Fragen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit

Weiterführende Informationen

Laut den freiwilligen Angaben im [Lobbyregister](#) der EU, hat der VÖB im Geschäftsjahr 2007 zwischen 700.000 € und 750.000 € in direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen investiert.^[5]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [1], voeb.de, abgerufen am 20.07.2010
- ↑ ^{2,02,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
- ↑ ^{3,03,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
- ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
- ↑ [EU-Lobbyregister](#), Stand: 24.08.2010

Lobbyisten in Ministerien

Im Oktober 2006 wurde bekannt, dass in Bundes- und Landesministerien in großem Umfang MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten. Bezahlt wurden sie weiter von ihren eigentlichen Arbeitgebern, zumeist große Unternehmen und Wirtschaftsverbände. In den Ministerien aber stricken sie an den Gesetzen mit, die eigentlich ihre Firmen regulieren sollen. Sie werden in die Verwaltungsabläufe eingebunden und bekommen Einblick in interne Prozesse. So erhalten sie einen bevorzugten Zugang zur Politik und können auf diesem Wege gewonnene Informationen zum Vorteil ihrer Unternehmen nutzbar machen.

Prüfungen durch den Bundesrechnungshof ergaben, dass die Lobbyisten an Gesetzen mitwirkten und sogar in Führungspositionen arbeiteten. Im Juli 2008 trat eine neue Verwaltungsvorschrift in Kraft, die den Einsatz dieser sogenannten "externen Mitarbeiter" deutlich einschränkt. Allerdings gibt es bis heute Schlupflöcher und Defizite bei der Umsetzung der neuen Regeln.

Inhaltsverzeichnis

1 Das Problem	5
2 Die Kritik	5
3 Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift	6
4 Forderungen von LobbyControl	7
5 Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008–2015	8
6 Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien	10
7 Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen	11
8 Übersicht: Bundesbeamte im Austausch	11
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11

Das Problem

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Das Fernsehmagazin Monitor deckte im Oktober 2006 auf, dass in Ministerien MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten und in der Regel von diesen weiter bezahlt werden. Über 100 Fälle sind inzwischen bekannt und in der Lobbypedia aufgelistet. Laut einer Prüfung des Bundesrechnungshofes waren externe Mitarbeiter an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen beteiligt und nahmen zeitweilig sogar Führungsfunktionen wahr. Mehr als 60% von ihnen wurden dabei von ihrem Unternehmen oder Verband bezahlt. Sie wurden auch in Tätigkeitsfeldern eingesetzt, „die hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung, ihres Zugangs zu internen Informationen oder ihrer Nähe zu den Interessenschwerpunkten der entsendenden Stelle eine herausgehobene Position hatten“.

Ein Teil der Fälle geht auf das Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“ der Bundesregierung zurück, ein Bestandteil des Regierungsprogramms „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“. Dieses Regierungsprogramm wurde am 16. Juni 2004 verabschiedet. Erste Gespräche zu dem Austauschprogramm fanden im Frühjahr 2004 zwischen dem Bundesministerium des Innern und der Deutschen Bank statt.^[1]

Ziel des Vorhabens sei ein langfristiger Wissenstransfer, um einen Mentalitätswechsel in der Bundesverwaltung zu erreichen, so die wohlklingende Begründung der Bundesregierung. Tatsächlich hat diese Praxis lange im Verborgenen stattgefunden und ist an vielen Stellen hoch problematisch und demokratieschädlich. Sie entpuppt sich als organisierte Verflechtung zwischen Bundesregierung, Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden.

- [zur Übersicht Lobbyisten in den einzelnen Ministerien](#)
- [zur Übersicht Lobbyisten in Ministerien nach Branche](#)

Die Kritik

Das erste offensichtliche Problem ist der Mangel an Transparenz. Erst durch intensive Recherche konnte Monitor ans Licht bringen, dass und in welchem Umfang externe Mitarbeiter in Ministerien tätig waren oder sind, während sie weiterhin von ihrem eigentlichen Arbeitgeber bezahlt werden. Fortgesetzte Nachforschungen von Monitor und anderen Medien brachten dann immer mehr Fälle zu Tage, deren Existenz die Bundesregierung nur zögerlich einräumte. Bis heute fehlen detaillierte Angaben darüber, welche Mitarbeiter aus welchen Unternehmen in der Vergangenheit zu welchen Themen tätig waren.

Doch Transparenz allein genügt nicht. Selbst wenn es eine vollständige Übersicht über externe Mitarbeiter in Ministerien gäbe, bliebe die Praxis demokratieschädlich.

Werden Ministeriums-Mitarbeiter von Unternehmen bezahlt, werden sie zu Dienern zweier Herren. Damit wird der Grundgedanke des Grundgesetzartikels 33 unterlaufen, der festschreibt, dass Staatsdiener in einem Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn stehen sollen. Auf diese Weise wird die absurde Situation geschaffen, dass Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden direkt oder indirekt an den Gesetzen mitwirken, die eigentlich ihre Unternehmen regulieren sollen. Da wird sprichwörtlich der Bock zum Gärtner gemacht.

Aber es geht nicht nur um die direkte Einflussnahme auf Regierungsprozesse. Durch den Einblick in interne Abläufe, Kenntnisse vertraulicher Themen und das Knüpfen persönlicher Kontakte entstehen den entsendenden Unternehmen Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit im Ministerium hinaus reichen. In diesen Genuss können, das liegt in der Natur der Sache, nur wenige kommen. Das sind – das macht auch der Überblick in unserer Datenbank deutlich – in erster Linie große Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift

Den Enthüllungen durch Monitor folgte eine Zeit der Aufregung im Bundestag. Die Fraktionen von FDP (13.11.06), Bündnis 90/Die Grünen (04.12.06) und DIE LINKE (23.05.07) stellten kleine Anfragen an die Bundesregierung.^{[2][3][4]} Die Antworten ließen jedoch viele Fragen offen. Sie listeten die in den Ministerien vertretenen Unternehmen und Verbände auf, aber ohne genau darzustellen, wie viele und welche MitarbeiterInnen sie in den Ministerien sitzen hatten und über welche Zeiträume. Auch die Aufgabenfelder wurden nur sehr grob und kaum aussagekräftig beschrieben. Wer also genau in den Bundesministerien saß, ob an Gesetzesvorhaben mitgearbeitet oder Einfluss auf Verwaltungsaufgaben ausgeübt wurde, blieb weitgehend unklar. Ebenso ist nicht sicher, ob die Antworten der Bundesregierung wirklich alle Fälle erfassten.

Die Bundesregierung selbst sah zunächst keinen Handlungsbedarf. Die Stellungnahmen der Bundesregierung verneinten die Mitwirkung von Teilnehmern des Austauschprogramms an Gesetzestexten. Die Austausch-Mitarbeiter seien lediglich in unteren Verwaltungsebenen tätig. Durch die „Einbindung in die hierarchischen Strukturen und der dadurch vorhandenen Kontrollmechanismen“, sei eine „Einflussnahme auf Entscheidungen [...] ausgeschlossen“.^[3]

→ *Übersicht über Stellungnahmen von Regierung, Parteien und Experten 2006/2007*

Mittlerweile ist klar, dass externe Mitarbeiter sehr wohl an Gesetzesentwürfen und Regulierungen mitgearbeitet haben. Die Monitor-Redakteure Kim Otto und Sascha Adamek beschreiben in ihrem im Februar 2008 erschienenen Buch „Der gekaufte Staat“ exemplarisch wie in Ministerien Einfluss auf die Gesetzgebung genommen wurde.^[5]

Im April 2008 legte der Bundesrechnungshof seinen lange erwarteten Bericht zu der Problematik vor. Er warnte darin vor „erhöhten Risiken von Interessenkonflikten“. Der Haushaltsausschuss des Bundestages forderte daraufhin die Bundesregierung auf, bis Ende Mai klare Regeln für externen Mitarbeiter zu entwickeln. „Einsätze in Bereichen mit dem Risiko von Interessenskonflikten“ müssten ausgeschlossen werden.

Im Juni 2008 beschloss die Bundesregierung eine [Verwaltungsrichtlinie für externe Mitarbeiter](#), die im Juli veröffentlicht wurde. Danach werden „externe Mitarbeiter“ seitdem von der Formulierung von Gesetzesentwürfen und anderer Rechtssetzungsakte, der Tätigkeit in Leitungs- und Kontrollbereichen sowie der Auftragsvergabe ausgeschlossen. In einem Bericht sollen die Ministerien halbjährlich jeweils zum 30.9. und 31.3. dem Haushaltsausschuss die Anzahl der externen Mitarbeiter und die sie entsendenden Stellen nennen. Zudem müssen sie den jeweiligen konkreten Einsatzbereich der Externen, die Dauer, die Form der

Bezahlung sowie die vorherige Tätigkeit im entsendenden Unternehmen oder Verband berichten. Eine Veröffentlichung der Angaben über die Beschäftigung externer Mitarbeiter im Internet, wie es der Haushaltsausschuss des Bundestages angeregt hatte, erfolgt jedoch nicht. Die Öffentlichkeit bleibt somit offiziell von den Informationen ausgeschlossen. In der Praxis sind alle Berichte trotzdem bekannt geworden und in dieser Datenbank sind alle bekannten Fälle externer Mitarbeiter enthalten. Dennoch muss diese Transparenz-Verweigerung gegenüber der Öffentlichkeit beendet werden.

Die Verwaltungsvorschrift enthält zudem ein Schlupfloch: befristete Arbeitsverträge sind explizit aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Das bedeutet, dass Lobbyisten, die kurzfristig von den Behörden bezahlt werden, aber nach Ende ihrer Leihbeamten-Tätigkeit zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehren, weiterhin an Gesetzen mitschreiben können. Die Regierung will auch an dem Austauschprogramm mit der Wirtschaft festhalten. Allerdings zeigen die Berichte, dass das Interesse der Unternehmen und Verbände deutlich zurückgegangen ist, seit sie nicht mehr direkt in den Bereichen eingesetzt werden können, die die Interessen der Unternehmen und Verbände berühren.

Am 7. April 2011 diskutierten die Abgeordneten im Bundestag einen [Antrag der SPD](#), die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter zu verschärfen. Die SPD fordert, u.a. dass befristete Verträge mit erfasst werden, die Transparenzberichte des Innenministeriums im Internet zu veröffentlichen und in der Umsetzung die Obergrenze des Einsatzes externer Personen auf sechs Monate tatsächlich einzuhalten. Die Regierungsfractionen äußerten sich aber ablehnend, sodass der Antrag nicht angenommen wurde.^[6]

Die Große Koalition griff das Thema im [Koalitionsvertrag](#) vom 14. Dezember 2013 auf und versprach: "Wir erhöhen die Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Verwaltung" (S. 106).

Am 3. April 2014 wurde im Haushaltsausschuss ein Beschluss gefällt, wonach externe Mitarbeiter nur noch im für den Wissenstransfer erforderlichen Umfang eingesetzt werden. Zugleich wurde die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, inwieweit Berichte über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.^[7]

→ *Ausführliche Darstellung der Verwaltungsvorschrift und ihrer Lücken unter [Rechtliche Grundlage \(Lobbyisten in Ministerien\)](#)*

Am 2. April 2014 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Umstellung des Berichtszeitraumes auf einen jährlichen Berichtszeitraum beschlossen. Die Bundesregierung berichtet nun jährlich jeweils zum 30. September über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung. Außerdem werden die Berichte auf der Internetseite des Bundesministeriums für Inneres (BMI) veröffentlicht.

Forderungen von LobbyControl

1. Lobbyisten raus aus den Ministerien!

Die Beschäftigung externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien muss vollständig beendet werden. Die geltende Verwaltungsvorschrift ist ein großer Fortschritt, aber auch sie enthält Lücken und wird nicht konsequent umgesetzt. Am besten wäre es deshalb, externe Mitarbeiter ganz zu verbieten. Als Minimalvariante sollten zumindest befristete Verträge mit erfasst werden und die Regeln z.B. zur Begrenzung der Zeitdauer strikt umzusetzen.

2. Offenlegung aller Informationen!

Die Bundesregierung muss alle Informationen über die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien lückenlos offenlegen. Dies gilt auch für die bisher unaufgeklärten Altfälle aus der Zeit vor der Verwaltungsvorschrift. Wann genau haben sie an welchen Themen gearbeitet? Haben sie an Gesetzen oder staatlichen Verordnungen mitgewirkt? Außerdem sollte der Bericht über externe Mitarbeiter der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

3. Transparente und demokratische Wege zu externem Sachverstand!

Externer Sachverstand soll stattdessen auf demokratischem Weg eingeholt werden, z.B. über Anhörungen oder andere Beteiligungsverfahren, die einen gleichberechtigten und offenen Zugang aller gesellschaftlicher Interessen ermöglichen. Der Austausch zwischen Regierung und Gesellschaft ist sinnvoll, aber er kann nicht durch die einseitige Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Unternehmen und (Wirtschafts) Verbänden in die Ministerien erfolgen.

Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008–2015

- **Vierzehnter Bericht (2. Halbjahr 2014 und 1. Halbjahr 2015):** Die Anzahl externer Personen in der Bundesverwaltung ist deutlich zurückgegangen. Für den Zeitraum Juli 2014 bis Juni 2015 wurden lediglich 40 Personen gemeldet. In neun Fällen handelt es sich um Personalaustausch. Bei den gemeldeten Fällen wird die Einsatzdauer von 24 Monaten nicht überschritten. Bei der Mehrheit der neuen Fälle liegt die Einsatzdauer bei einem bis 12 Monate, die Dauer von 6 Monaten überwiegt. Der Bericht kann auf der website des BMI heruntergeladen werden [\[1\]](#)

- **Dreizehnter Bericht (1. Halbjahr 2014):** Gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum ist die Zahl externer Personen in der Bundesverwaltung leicht gestiegen. Während im zweiten Halbjahre 2013 39 externe Personen in Bundesministerien beschäftigt waren, stieg deren Zahl auf 42 im ersten Halbjahr 2014. Erneut sank die Zahl der von Wirtschaftsunternehmen entsandten Personen auf nun 7 Stellen. Die Überschreitung der Einsatzdauer von 6 Monaten scheint unterdessen zur Regel zu werden. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zwölfter Bericht (2. Halbjahr 2013):** Wie im Elften Bericht sind weiterhin 39 externe Personen in der Bundesverwaltung zu verzeichnen. Die im Vorbericht angestiegenen Wirtschaftsunternehmen bei den entsendenden Stellen sind im aktuellen Bericht leicht rückläufig (von zehn auf neun Fälle). Weiterhin überschreitet die Dauer des Einsatzes sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Elfter Bericht (1. Halbjahr 2013):** Der Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung ist im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesunken: Waren im neunten Bericht noch 62 und im zehnten Bericht 48 Fälle ausgewiesen, ist die Zahl der externen Personen im ersten Halbjahr 2013 auf 39 gesunken. Allerdings ist bei den entsendenden Stellen ein Anstieg der Wirtschaftsunternehmen von fünf auf zehn Fälle zu verzeichnen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zehnter Bericht (2. Halbjahr 2012):** Die Anzahl externer Mitarbeiter geht weiter zurück auf 48 Personen, davon zehn neu Eingesetzte. Die Dauer des Einsatzes überschreitet weiterhin sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Neunter Bericht (1. Halbjahr 2012):** Der neunte Bericht zeigt, dass die Zahl externer Mitarbeiter leicht rückläufig ist. Von ehemals 72, sind mittlerweile nur noch 62 externe Mitarbeiter in der Bundesverwaltung beschäftigt. Davon stammen 10 aus Wirtschaftsunternehmen oder Wirtschaftsverbänden. Der bereits am 1.10.2009 eingestellte Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) bleibt auch weiterhin bis zum 30.09.2013 im Auswärtigen Amt beschäftigt. Darüber hinaus stellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen neuen Mitarbeiter des [Vereins Deutscher Ingenieure e. V. \(VDI\)](#) ein. Dieser betreute bis zum 01. November 2012 den Nano-Truck des BMBF. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Achter Bericht (2. Halbjahr 2011):** Der Bericht weist u.a. zwei Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) aus, die im Auswärtigen Amt und im Entwicklungsministerium eingesetzt werden. Der BDI-Mitarbeiter im Auswärtigen Amt soll sich mit folgenden Themen beschäftigen: "Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden". Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Siebter Bericht (1. Halbjahr 2011):** Darin wird u.a. der Einsatz eines Referatsleiters des [Verbandes der Ersatzkassen \(vdek\)](#) dokumentiert: Er war bis Ende September im Gesundheitsministerium, wo er u. a. am Entwurf des Versorgungsgesetzes arbeitete. Insgesamt setzt sich der Trend fort, dass weniger "externe Mitarbeiter" aus Privatunternehmen, dafür aber mehr aus "bundesnahen" Einrichtungen kommen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Übersichtsdatei](#) (pdf)
- Eine Übersicht über die **Berichte Vier bis Sechs** wurde bisher noch nicht angefertigt.

- **Dritter Bericht (01.02.2009 - 30.06.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den dritten Bericht über „Externe Mitarbeiter“ vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass in den Ministerien nur noch wenige Mitarbeiter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig sind. Der Bericht ist eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern nur für die zuständigen Ausschüsse des Bundestages und erfasst zudem nur einen Teil der externen Mitarbeiter in der Bundesverwaltung: Mitarbeiter mit befristeten Verträgen, Werkverträgen oder Beratungsverträgen werden weiterhin nicht offen gelegt. Wiederum sind Unregelmäßigkeiten festzustellen: So meldete die Bundesregierung zwei Fälle des Robert-Koch-Institut nach, die bis ins Jahr 2006 zurückgehen. Zudem wird die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter nicht konsequent umgesetzt. Der vorgesehene Zeitraum von 6 Monaten für Externe wird auch bei den neuen Fällen meist überschritten. Eine detaillierte Auswertung können Sie im [LobbyControl-Blog](#) nachlesen. Hier finden Sie alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zweiter Bericht (01.09.2008-31.01.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den zweiten Bericht über die Beschäftigung „Externer Mitarbeiter“ in den Bundesministerien vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass sich unser Einsatz gegen diese Praxis gelohnt hat: Zwar gibt es weiterhin von privaten Stellen entsandte Mitarbeiter/innen in den Ministerien. Doch ist ihre Zahl seit Inkrafttreten der Verwaltungsrichtlinie, die die Dauer und Einsatzbereiche einschränkt, zurück gegangen. Insbesondere Unternehmen und Wirtschaftsverbände scheinen das Interesse zu verlieren, seit sie nicht mehr an Gesetzen mitschreiben dürfen. Zugleich haben wir bei unserer Auswertung erneut Unregelmäßigkeiten festgestellt. So sind drei Fälle aus dem ersten Bericht von September 2008 in dem neuen Bericht nicht mehr zu finden, obwohl ihre Mitarbeit im Ministerium laut erstem Bericht im neuen Berichtszeitraum weiter lief. Umgekehrt wird im neuen Bericht ein Mitarbeiter des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt im Gesundheitsministerium gelistet, der schon im August 2008 dort tätig war und demnach im ersten Bericht hätte aufgeführt werden müssen. Unklar bleibt außerdem, ob nicht Schlupflöcher genutzt werden: Von der Regulierung und Berichtspflicht werden befristete Arbeitsverhältnisse und Beratungsverträge nicht erfasst. Mehr Details zu dem Bericht im [LobbyControl-Blog](#).
- **Erster Bericht (01.01.2008-31.08.2008):** Der erste Bericht zum Einsatz externer Mitarbeiter in Ministerien und Bundesbehörden der Bundesregierung liegt inzwischen vor. LobbyControl kritisiert, dass der Bericht nicht vollständig ist - was das Innenministerium inzwischen eingeräumt hat. Außerdem zeigt der Bericht, dass die Bundesregierung ihre im Juli in Kraft getretene neue Richtlinie zum Einsatz „externer Mitarbeiter“ nicht strikt umsetzt. In mehreren Fällen arbeiten Unternehmensvertreter weiterhin in Bereichen mit, die unmittelbar die Geschäftsinteressen ihrer Unternehmen betreffen, z.B. BASF im Bereich Anlagensicherheit, die DZ-Bank zu Finanzmarktfragen oder neu die Berliner Wasserbetriebe im Referat "Wasser; Energie; Stadtentwicklung" im Entwicklungsministerium. Mehr in einer [LobbyControl-Kurzanalyse](#). Eine Übersicht über die Fälle finden Sie hier in einer [Überblickstabelle](#).

Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien

→ zur [Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Ministerien](#)

→ im [Auswärtigen Amt](#)

→ im [Bundeskanzleramt](#)

→ im [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#)

→ im [Bundesministerium für Bildung und Forschung](#)

→ im [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)

→ im [Bundesministerium der Finanzen](#)

→ im [Bundesministerium für Gesundheit](#)

→ im [Bundesministerium des Innern](#)

- im Bundesministerium der Justiz
- im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- im Bundesministerium für Verteidigung
- im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- in obersten Bundesbehörden; genauer Einsatzort unbekannt

Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen

→ zur [Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen](#)

- Chemie und Pharma
- Energie und Wasser
- Finanzen
- Gewerkschaften
- Kommunikation und Elektronik
- Soziales
- Stiftungen & Denkfabriken
- Unternehmensberatung
- Verkehr
- Versicherung
- Weitere Wirtschaftsverbände
- Weitere Dienstleister und Normung
- Sonstiges

Übersicht: Bundesbeamte im Austausch

Im Rahmen des Personalaustauschprogramms gibt es für Bundesbeamten die Möglichkeit in Unternehmen oder Verbänden zu arbeiten. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Dezember 2006 machte auf vier Fälle aufmerksam, bei denen Bundesbeamte in Unternehmen oder Verbänden arbeiten. Die bisher bekannten Fälle werden auf der folgenden Seite aufgelistet.

→ zur [Übersichtsseite: Bundesbeamte im Austauschprogramm](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [\[\[Datei:Hertie_2006_Abschlussbericht.pdf|Hertie School of Governance 2006: Personalaustauschprogramm Öffentliche Verwaltung und private Wirtschaft. Evaluationsbericht \(pdf\)\]\]](#)

2. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien", Drucksache 16/3395, 13.11.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
3. ↑ ^{3,03,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden", Drucksache 16/3727, 04.12.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
4. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Institutionalisierter Lobbyismus", Drucksache 16/5406, 23.05.2007. Abgerufen am 13. Juli 2011
5. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch
6. ↑ siehe das [Protokoll der Sitzung](#) (pdf, TOP 6). Zu der Debatte über ein Lobbyregister gibt es eine [ausführliche Analyse im LobbyControl-Blog](#)
7. ↑ Vgl. Christina Deckwirth: "[Mehr Transparenz bei Leihbeamten. Haushaltsausschuss beschließt: Bundesregierung soll mehr Transparenz für externe Mitarbeiter in Ministerien schaffen](#)", in: LobbyControl.de (03.04.2014)

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Der **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)** ist der Spitzenverband der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft in Deutschland. Mitglieder sind alle Genossenschaftsbanken - Volksbanken Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD-Banken, Kirchenbanken und Sonderinstitute -, genossenschaftliche Zentralbanken, die Unternehmen der FinanzGruppe sowie die genossenschaftlichen Prüfungsverbände. Mit 737 Instituten und 7.512 Bankstellen bilden die deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken eines der dichtesten Bankservicenetze Europas.^[1] Von ihren über 30 Millionen Kunden sind 17,95 Millionen zugleich Mitglieder.

Zweck des Verbandes sind die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereiches der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft (§ 3 der Satzung). Die Mitgliedschaft im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), dem Dachverband der deutschen Genossenschaftsorganisationen, ist in § 5 der Satzung festgelegt.

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)

Rechtsform eingetragener Verein
m

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft

Gründung 1972

sdatum

Hauptsitz Schellingstraße 4, 10785 Berlin

Lobbybüro

o

Lobbybüro Rue de l'Industrie 26- 38, 1010

o EU Brüssel

Webadresse www.bvr.de

se

Inhaltsverzeichnis

1 Genossenschaften	13
2 Aufgaben	13
3 Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken	13

4	Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	14
4.1	Interessenvertretung in Deutschland	14
4.2	Europäische Interessenvertretung	14
4.3	Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen	15
5	Mitgliedschaften (Auswahl)	15
6	Organe des BVR	16
6.1	Vorstand	16
6.2	Verbandsrat	16
6.3	Verwaltungsrat	16
6.4	Mitgliederversammlung	16
7	Fallbeispiele und Kritik	16
7.1	Lobbyisten in Ministerien	16
8	Weiterführende Informationen	17
9	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
10	Einzelnachweise	17

Genossenschaften

Nach § 1 des [Genossenschaftsgesetzes](#) ist der Zweck einer Genossenschaft darauf gerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Im Vordergrund steht der genossenschaftliche Förderzweck und nicht die Zahlung einer Rendite.^[2] Die von den genossenschaftlichen Spitzenverbänden vertretenen Genossenschaften betätigen sich in den Bereichen Banken (Genossenschaftliche FinanzGruppe, Volksbanken und Raiffeisenbanken), Agrar, Handel/Handwerk/Dienstleistungen sowie Konsum und sonstige Dienstleistungen. Die Fallpraxis des Bundeskartellamtes hat gezeigt, dass der Genossenschaft mit ihren Mitgliedern – trotz des genossenschaftlichen Identitätsprinzips – durchaus ein Handeln zu Lasten (eines Teils) der Mitglieder möglich ist.^[3]

Aufgaben

Zu den Aufgaben des BVR gehören:

- Interessenvertretung der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
- Beratung und Unterstützung der Mitglieder in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen
- Beim BVR sind die Sicherungseinrichtung der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie die BVR Institutssicherung GmbH angesiedelt

Quelle: ^[4]

Unternehmen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken

Zu den Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken gehören:

- Schwäbisch Hall
- R+V Versicherung

- Union Investment
- easyCredit
- DZ Bank
- DZ Privatbank
- VR Smart Finanz
- Münchener Hypothekenbank
- DZ HYP
- Reisebank

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Interessenvertretung in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt der BVR an, (Stand: 28.04.2023) im Jahr 2021 2.750.001 bis 2.760.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[5] Der BVR ist Mitglied des [Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands](#) (DGRV) und der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Zu dieser haben sich der BVR, der [Bundesverband Deutscher Banken](#) (BDB), der [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#) (VÖB), der [Deutsche Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV) sowie der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) zusammengeschlossen.

Die jährlich stattfindenden Bankwirtschaftlichen Tagungen des BVR dienen dem Dialog von Bankvorständen aus der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit Politik und Regulatoren. 2022 gehörten zu den Rednern Bundesfinanzminister Lindner und Sabine Mauderer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.^[6]

Cheflobbyist (Bereichsleiter Politik und FinanzGruppe) ist Jan Tibor Böttcher.

Der BVR ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, die Parlamentarische Abende veranstaltet.^[7]

Europäische Interessenvertretung

Der BVR unterhält eine politische Verbindungsstelle in Brüssel, die die Aktivitäten in Berlin und Brüssel koordiniert. Er formuliert Erwartungen an die Bundesregierung sowie die EU-Institutionen, vertritt die eigenen Standpunkte in Gremien und knüpft Allianzen mit Partnern auf europäischer und deutscher Ebene.^[8] Dabei kooperiert der BVR als Mitglied mit der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken](#) (EACB) und dem European Banking Industry Committee (EBIC).

Auch im europäischen Transparenzregister ist der BVR eingetragen. Dort hat er für das Jahr 2022 1.500.000 bis 1.749.999 Euro Lobbyausgaben und 47 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) angegeben. Als eingeschaltete Lobbyagentur wird [Fleishman-Hillard](#) (Kosten: 100.000 Tsd. bis 199.999 Euro) genannt.^[9]

EU-Beauftragter ist Volker Heegemann, Leiter der Abteilung „Prudential, Banking Union & Legal Matters“ der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB).^[10] Für den Zugang zu Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind Nadien Fetzer und Freya-Yvonne Gross.

Interessenvertretung durch Mitgliedsorganisationen

Ein großer Teil der Mitglieder betreibt - in Koordination mit dem BVR - eigene Lobbyaktivitäten. Über die Mitwirkung einer Vielzahl von spezialisierten und regional verankerten Unternehmen und Verbänden kann der BVR seine politischen Einflussmöglichkeiten weiter verstärken. Beispiele sind:

Verband der Sparda-Banken

Der Verband der Sparda-Banken e.V. ist ein überregional tätiger Genossenschaftsverband in der Rechtsform des eingetragenen Vereins, dem das Prüfungsrecht gesetzlich verliehen ist.^[11] Der mit der FDP und der CDU /CSU vernetzte [Verband](#) bündelt - in Zusammenarbeit und enger Abstimmung mit dem BVR sowie dem DGRV - die speziellen Interessen der Sparda-Banken gegenüber Bundestag und Bundesrat, der Bundesregierung sowie den europäischen Institutionen.^[12] Er ist Mitglied des BVR, des DGRV, des [Wirtschaftsrat der CDU](#), des [International Bankers Forum](#) und von [FrankfurtMainFinance](#). Vorstandsvorsitzender des Sparda-Verbands ist Florian Rentsch, Mitglied der Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#), 2014 bis 2017 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, 2012 bis 2014 Hessischer Minister für Wirtschaft, als solcher verantwortlich u.a. für den Finanzplatz Frankfurt sowie die Börsenaufsicht.^[13] Jascha Hausmann, Bereichsleiter Vorstand & Öffentlichkeitsarbeit, Vorsitzender der FDP Stadtverband Bensheim, war von 2014-2017 Justiziar und persönlicher Referent des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.^{[14][15]} [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP), und [Frank Schäffler](#), MdB (FDP) sind Mitglied des Zukunftsrats des Verbands der Sparda-Banken.

Joachim Würmeling, ehem. CSU-Politiker, seit 2016 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, war zuvor Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Sparda-Banken.^[16]

R+V-Versicherung

Im deutschen Lobbyregister gibt die R+V-Versicherung an, (Stand: 22.02.2023), im Jahr 2022 1.490.001 bis 1.500.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[17] Sie ist u.a. Mitglied im [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GVR), [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#) und im Grünen Wirtschaftsdialog. [Florian Gerster](#) Gerster (SPD), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM). Ex-Präsident der Bundesagentur für Arbeit, ist Berater der R+V-Versicherung für betriebliche Altersvorsorge.^[18]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- Deutscher Raiffeisenverband (DRV)
- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)
- Arbeitsgemeinschaft [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB)
- Internationale Vereinigung der Genossenschaftsbanken (CIB)
- Internationale Raiffeisen Union (IRU)
- [EUROFI](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung
- Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft

- [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#)
- [Institut für Wirtschaftsforschung ifo](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)

Quellen: EU-Transparenzregister und deutsches Lobbyregister (Stand: 03/2023)

Organe des BVR

Vorstand

Die [Mitglieder des Vorstands](#) werden durch den Verwaltungsrat gewählt. Zu ihnen gehört Daniel Quinten, Vizepräsident der [Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken \(EACB\)](#), 2011-2013 Leiter der Abteilung Bankenaufsichtsrecht und internationale Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank

Verbandsrat

Die bis zu 49 [Mitglieder](#) werden von der Mitgliederversammlung gewählt

Verwaltungsrat

Der Verbandsrat bildet aus seiner Mitte einen Verwaltungsrat, dem 12 [Mitglieder](#) angehören (8 Vorstandsmitglieder von Kreditgenossenschaften, 3 Vorstandsmitglieder von Prüfungsverbänden und das Vorstandsmitglied der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank)

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist zuständig für alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung anderen Organen übertragen sind. Am 01.01.2022 hatte der Verband 818 Mitglieder

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ein Vertreter der [DZ-Bank](#) saß stellvertretend für den BVR im Finanzministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.06.2007 - 15.03.2009 ^[19]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn der DZ Bank. Vermutlich war er, wie zuvor Vertreter vom Bundverband Deutscher Banken und Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands , für den Zentralen Kreditausschuss (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft) dort.
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1

Weiterführende Informationen

- [Volksbanken: Back to Bodenständigkeit - Finanzwende, 30.04.2025](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Unser Genossenschaftsmodell](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
2. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
3. ↑ [Leitlinien für die Vereinbarkeit des Genossenschaftswesens mit dem Kartellrecht, November 2021](#), bundeskartellamt.de, abgerufen am 16.03.2024
4. ↑ [Unsere Aufgaben im Überblick](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 19.05.2023
6. ↑ [Pressemitteilung vom 22.06.022](#), abgerufen am 20.05.2023
7. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
8. ↑ [Unsere europäische Interessenvertretung](#), bvr.de, abgerufen am 18.05.2023
9. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.05.2023
10. ↑ [Secretariat General](#), eacb.coop, abgerufen am 22.05.2023
11. ↑ [Transparenzbericht 2022](#), sparda-verband.de, abgerufen am 11.06.2023
12. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 21.05.2023
13. ↑ [Vorstand](#), sparda-verband.de, abgerufen am 23.05.2023
14. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 24.05.2023
15. ↑ [Profil](#), fdp-bensheim.de, abgerufen am 24.05.2023
16. ↑ [Präsidium](#), europa-union.de, abgerufen am 04.11.2023
17. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
18. ↑ [Dr. Florian Gerster](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.05.2023
19. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011

Bundesverband Deutscher Banken

Der **Bundesverband deutscher Banken (BdB)**, kurz auch **Bankenverband** genannt, ist ein Spitzenverband des privaten Kreditgewerbes. Der Verband vertritt über 170 private nationale und internationale Kreditinstitute, 11 Mitgliedsverbände und rund 20 außerordentliche Mitglieder (z. B. Fintechs). Die Mitgliedschaft im BdB ist eine

Bundesverband deutscher Banken

bankenverband

Rechtsform e.V. (VR 19142, Vereinsregister Berlin)

Voraussetzung zur Beteiligung an der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (Einlagensicherung für Privatbanken). In Brüssel ist er sowohl durch ein eigenes Lobbybüro (seit 2004) vertreten als auch über [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) und den Dachverband [European Banking Federation](#) (EBF).

2022 gab der Bankenverband insgesamt ca. 8,8 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten aus, wovon ca. 6,4 Mio. Euro auf Deutschland und ca. 2,4 Mio. Euro auf die EU entfielen

Bundesverband deutscher Banken	
Tätigkeitsbereich	Finanzlobby
ich	
Gründungsdatum	1951
um	
Hauptsitz	Burgstraße 28, 10178 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel
Webadresse	bankenverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	18
2 Fallstudien und Kritik	19
2.1 Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts	19
2.2 Agieren im CumEx-Skandal	19
2.3 Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	19
2.4 Frankfurter Erklärung	20
2.5 Lobbyisten in Ministerien	20
3 Organisationsstruktur und Personal	21
3.1 Vorstand (Stand: Februar 2022)	21
3.2 Geschäftsführung	21
3.3 Mitgliedsverbände	22
3.4 Mitgliedsbanken	22
3.5 Verbindungen	22
4 Kurzdarstellung und Geschichte	22
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
6 Einzelnachweise	22

Lobbystrategien und Einfluss

Die Lobbystrategie des BdB lässt sich nur im Zusammenhang mit anderen Spitzenverbänden des Finanzbereichs betrachten. So wird die überwiegende Zahl der Stellungnahmen in deutschen und europäischen Rechtssetzungsprozessen gemeinsam mit den Verbänden von Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Landesbanken und Hypothekenbanken über [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) (DK) abgegeben.^[1] Daneben lobbyieren einzelne Mitglieder des BdB, wie z. B. die Großbanken, über ihre eigenen Interessenvertretungen. Mitarbeiter des Bankenverbandes sind zudem in zahlreichen Gremien vertreten, um dort die Interessen der privaten Banken oder der Deutschen Kreditwirtschaft zu vertreten^[2]

Im deutschen Lobbyregister gab der Bankenverband an (Stand: 29.11.2023) 2022 zwischen 6.350.001 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 61 bis 70 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] In Brüssel lagen die Lobbyausgaben 2022 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Mio. Euro; es wurden 43 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 15,8) beschäftigt.^[4]

Fallstudien und Kritik

Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts

2022 Der BdB, die Associazione Bancaria Italiana (ABI), die FEDERATION BANCAIRE FRANCAISE und die Nederlandsche Vereniging van Banken haben sich mit Schreiben vom 4. Mai 2022, das an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Florian Toncar (FDP) gerichtet ist, wie folgt zum Verbriefungsmarkt geäußert: „Wir müssen den europäischen Verbriefungsmarkt fördern, indem wir den zu konservativen und generell zu komplexen Regulierungsrahmen neu kalibrieren.“^[5] Laut der Bürgerbewegung Finanzwende tauchen die exakt gleichen Formulierungen – über vermeintlich „konservative“ und „zu komplexe“ Regeln für Verbriefungen, die „rekalibriert“ werden müssen – Monate später im Brief des deutschen und französischen Finanzministeriums vom Januar 2023 an Brüssel wieder auf. Dass „Rekalibrierung“ nichts Anderes als Deregulierung meinte zeigten die Änderungsvorschläge, die Berlin und Paris zeitnah umgesetzt sehen wollen und die ganz den Wünschen der Bankenlobby entsprechen: So soll es weniger Transparenz bei Verbriefungen geben – dabei mache Transparenz über die enthaltenen Kredite Verbriefungen sicherer. Und die sowieso schon geringen Eigenkapitalanforderungen für Verbriefungen sollen weiter reduziert werden – dabei bräuchte ein sicherer und solider Bankensektor wesentlich mehr Eigenkapital. Auch weitere Forderungen der Finanzlobby hat der deutsch-französische Vorstoß nach Angaben von Finanzwende aufgegriffen: Verbriefungen sollen demnach selbst dann als grün gelten, wenn die verbrieften Vermögenswerte überhaupt nicht nachhaltig sind – so lange nur die Erlöse nachhaltig investiert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär Toncar (FDP) war bis 8. 12. 2021 Vorsitzender des Beirats „Finanzen“ der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), deren Mitglied der BdB ist.^[6]

Agieren im CumEx-Skandal

2007 Der Bdb erstellte schon 2003 ein Gesetzesentwurf, der 2007 durch Lobbytätigkeit des BdB vom BMF nahezu wörtlich übernommen wurde. CumEx wurde dadurch zwar über Inlandsbanken unmöglich, über Auslandsbanken allerdings scheinbar legal.^[7]

2020 Im August wurden die Räume des BdB in Berlin und Frankfurt auf Antrag der Staatsanwaltschaft Köln durchsucht, um Material zur Aufklärung der Rolle des BdB im Themenbereich CumEx.^[8]

Die fragwürdige Rolle des Bankenverbands im CumEx-Skandal hat die Bürgerbewegung Finanzwende in einem Offenen Brief vom 04.08.2020 beschrieben.^[9]

Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

2010	Bankenverband: Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert ^[10]
2015	Der Bankenverband, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. ^[11]
2020	Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit ^[12]

Frankfurter Erklärung

2010	<p>Ende Oktober 2010 versuchte der Bankenverband nach den internen Querelen um die Geschäftsführung wieder stärker in die Offensive zu gehen und warnte in einer Erklärung vom 25.10.2010 vor den volkswirtschaftlichen Folgen einer zu harten Regulierung.^[13] Die Financial Times Deutschland beschreibt die Erklärung des Bankenverband als "argumentativ dürftig" und das "übliche Lobby-Mantra", das Besondere sei nur die Art, wie der Verband Einigkeit und Stärke demonstrieren wolle.^[14] Auch das Handelsblatt kritisiert, dass sich ein Teil der Vorwürfe gegen die Bundesregierung kaum halten lässt.^[15] Es gehört zur Strategie der Finanzbranche, einerseits auf globaler Ebene gemeinsam gegen striktere Regulierungen vorzugehen (siehe Basel III und Institute of International Finance) und zugleich über die nationale Ebene zu versuchen, die Regierungen gegeneinander auszuspielen.</p>
------	---

Lobbyisten in Ministerien

- Ein Vertreter der Dresdner Bank war für den Bundesverband Deutscher Banken [im Bundesministerium für Finanzen tätig](#).

→ *weitere Informationen:* [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#) → *zur Übersicht:* [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand (Stand: Februar 2022)

Funktion	Name	weitere Funktionen
Präsident	Christian Sewing	• Deutsche Bank , Vorstandsvorsitzender
Mitglied des Präsidiums	Nick Jue	• ING-DiBa, Vorsitzender des Vorstandes
Mitglied des Präsidiums	Emmerich Müller	• Bankhaus Metzler, Mitglied des Vorstands
Mitglied	Andreas Arndt	• Deutsche Pfandbriefbank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Michael Diederich	• UniCredit Bank, Sprecher des Vorstands
Mitglied	Lutz Diederichs	• BNP PARIBAS, Ndl. Deutschland, CEO
Mitglied	Wolfgang Fink	• Goldman Sachs Bank Europe SE, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Manfred Knof	• Commerzbank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Kühn	• Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Pers. haftender Gesellschafter
Mitglied	Christine Novakovic	• UBS Europe SE, CEO

Geschäftsführung

- Heiner Kerkenhoff, Hauptgeschäftsführer (Frühere Positionen: Cheflobbyist [Commerzbank](#), in den 90er Jahren Büroleiter von Helmut Kohl)
- Hilmar Zettler, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter des Geschäftsbereichs "Bankenaufsicht, Einlagensicherung und Organisation"
- Kolja Gabriel, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiterin des Geschäftsbereichs "Politik und Innovation"

Stand: (Februar 2024)

Mitgliedsverbände

Der Bankenverband hat eine föderale Struktur:^[16] Bankenverband Baden-Württemberg e.V., Bankenverband Mitte e.V., Bankenverband Nordrhein-Westfalen e.V., Bankenverband Schleswig-Holstein e.V., Bayerischer Bankenverband e.V., Norddeutscher Bankenverband e.V., Ostdeutscher Bankenverband e.V.

Mitgliedsbanken

Als private Großbanken sind im Bundesverband deutscher Banken vertreten: [Deutsche Bank AG](#), [Commerzbank AG](#), [UniCredit Bank AG](#). Des Weiteren einige kleinere und größere private Bankhäuser, wie beispielsweise HSBC Trinkaus und Burkhardt AG oder M.M. Warburg & Co. Einen Großteil der Mitglieder stellen daneben Regionalbanken und deutsche Ableger ausländischer Banken, darunter bekannte Größen wie [ABN Amro](#), [Bank of America](#), [BNP PARIBAS](#), [Goldman Sachs](#), [JP Morgan](#), und [UBS](#).^[17]

Verbindungen

Der Bankenverband ist Mitglied in 24 weiteren nationalen und internationalen Verbänden und Lobbyorganisationen, u.a.:

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- [Institut Finanzen und Steuern](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU e.V.](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft](#)
- [European Banking Federation](#)
- [International Banking Federation](#)
- [Institute of International Finance](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Bundesverband deutscher Banken wurde 1951 in Köln, in der Nachfolge des *Centralverbandes des deutschen Bank und Bankiergewerbes*, gegründet. Im Frühjahr 1999 wurde der Sitz des Verbandes von Köln nach Berlin verlegt. Seit 2004 verfügt der BdB auch über eine Repräsentanz in Brüssel.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresbericht 2022 zur Delegiertenversammlung April 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 05.02.2024
2. ↑ [Zusammenarbeit mit anderen](#), Webseite des Bankenverbands abgerufen am 18.5.2022

3. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 05.02.2024
4. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.02.2024
5. ↑ [Christian Lindner und der nächste Coup der Bankenlobby](#), finanzwende.de vom 18.04.2023, abgerufen am 23.04.2023
6. ↑ [Biografien](#), bundestag.de, abgerufen am 24.04.2023
7. ↑ [Wie sich die Bankenlobby ein Gesetz zum großangelegten Steuerraub schrieb](#) abgeordnetenwatch.de 13.01.2020, abgerufen am 18.05.2022
8. ↑ [Cum-EX Razzia beim Bankenverband](#), Süddeutsche Zeitung vom 04.08.2022, abgerufen am 18.05.2022
9. ↑ [Offener Brief an den Bundesverband deutscher Banken \(BdB\) zu CumExFinanzwende](#) 04.08.2020. abgerufen am 18.05.2022
10. ↑ [Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert](#)Deutschlandfunkkultur 19.05.2010, abgerufen am 18.05.2022
11. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung des DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 16.06.2016
12. ↑ [Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit](#), Webseite des Bankenverbands 29.05.2020, abgerufen am 18.05.2022
13. ↑ [Pressemitteilung](#) Webseite Bankenverband vom 25.10.2010, archiviert am 27.11.2010, abgerufen am 16.06.2016
14. ↑ [Bankenverband drängelt sich wieder nach vorne](#), Financial Times Deutschland vom 26.10.2010, archiviert am 28.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
15. ↑ [Banker greifen Regierung scharf an](#), Handelsblatt Online vom 26.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
16. ↑ [Mitgliedsverbände](#), Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022
17. ↑ [Mitglieder](#) Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Der **Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV)** ist einer der einflussreichsten Lobbyorganisationen der Finanzwirtschaft.^[1] Er vertritt die Interessen der 357 Sparkassen, der Landesbanken-Konzerne und der DekaBank sowie von acht Landesbausparkassen, neun Erstversicherergruppen der Sparkassen und zahlreichen weiteren Finanzdienstleistungsunternehmen.^[2]

Der DSGV organisiert die Willensbildung innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und ihre markt- und betriebsstrategische Ausrichtung. Ziel ist es, sowohl die Interessen der Sparerinnen und Sparer in Deutschland sowie der Kundinnen und Kunden der Sparkassen-Finanzgruppe als

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe
Gründungsdatum	1924/1953
Hauptsitz	Charlottenstr. 47, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Nerviens 9 - 31, Brüssel
Webadresse	dsgv.de

auch die Interessen der Sparkassen und Landesbanken sowie aller Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe gegenüber Politik, Aufsichtsbehörden und internationalen Institutionen zu vertreten.^[3] Der Verband vertritt darüber hinaus die Sparkassen-Finanzgruppe in den internationalen Sparkassengremien, z. B. in der [Europäischen Sparkassenvereinigung](#) in Brüssel und beim Weltinstitut der Sparkassen.^[4] Sparkassen sind in der Regel öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, die sich in kommunaler Trägerschaft (Stadt oder Landkreis) befinden.

Die Sparkassen-Finanzgruppe gründete im Jahr 1992 die [Deutsche Sparkassenstiftung für internationale Kooperation](#), die Finanzinstitute unterstützt, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene durch bedarfsgerechtes Bankgeschäft fördern.

Nach Auffassung von Kritikern entsteht der Eindruck, dass es den Sparkassenfunktionären, die sich regelmäßig zu „obersten Sparerschützern“ aufschwingen, in den vergangenen Jahren weniger um die Kunden als vielmehr um die eigene Gewinn- und Verlustrechnung ging.^[5]

Inhaltsverzeichnis	
1 Sparkassen	24
2 Landesbanken	25
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	25
3.1 Vernetzung von Sparkassen und Politik	25
3.2 Interessenvertretung in Deutschland	26
3.3 Interessenvertretung in Brüssel	27
3.4 Seitenwechsel	27
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	28
5 Fallbeispiele	28
5.1 Mitwirkung beim CumEx-Steerraub	28
6 Organe	29
6.1 Vorstand	29
6.2 Mitgliederversammlung	29
7 Weiterführende Informationen	29
8 Einzelnachweise	29

Sparkassen

Die Sparkassen üben die Geschäftstätigkeit auf der Grundlage eines öffentlichen Auftrags und des Gemeinnützigkeitsprinzips aus.^[6] Danach sollen sie das Geschäftsgebiet mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen versorgen, Sparen und allgemeine Vermögensbildung fördern und für die Bevölkerung und die mittelständische Wirtschaft Dienstleistungen erbringen. Sie betreiben als Universalkreditinstitute alle üblichen Bankgeschäfte mit privaten Haushalten, Unternehmen sowie Kommunen und institutionellen Kunden. Träger sind die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise. Am 1. April 2023 gab es 357 Institute, rund 12.000 Geschäftsstellen und rund 200.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.^[7] Die Tätigkeit und Organisationsstruktur der Sparkassen ist in den Sparkassengesetzen der Länder - Beispiel: [Sparkassengesetz NRW](#) - festgelegt, die eine Satzung verlangen, in der weitere Einzelheiten geregelt sind. In den Sparkassengesetzen ist insbesondere die Zusammensetzung des Verwaltungsrates festgeschrieben. Die

unzureichenden Fachkenntnisse der Verwaltungsratsmitglieder werden immer wieder kritisiert, u.a. von der Europäischen Zentralbank (EZB), deren Sprecherin 2017 in diesem Zusammenhang forderte: „Die Mitglieder der Leitungsorgane einer Bank müssen ausreichende Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzen“.^[8] 2023 hat die Sparkassenlobby verhindert, dass in der novellierten Fassung des Sparkassengesetzes des Landes Schleswig-Holstein ein Sachkundenachweis für Verwaltungsräte gefordert wurde.^{[9][10]}

Nach eigenen Angaben engagieren sich die Sparkassen bundesweit für die wirtschaftliche Entwicklung und das Gemeinwohl vor Ort.^[11] In einer Studie kommt der Finanzwissenschaftler Ralf Jasny jedoch zum Ergebnis, dass eine Vielzahl von Sparkassen ihrem öffentlichen Auftrag nicht gerecht werden und teilweise sehr hohe Summen am Kapitalmarkt anlegen, statt die örtliche Bevölkerung mit Geld- und Kreditleistungen zu versorgen.^[12] Die Süddeutsche Zeitung geht der Frage nach, warum die gemeinwohlorientierten Sparkassen in Zeiten hoher Gewinne ihre Kunden mit niedrigen Zinsen abspeisen.^[13] Gerhard Schick, Vorstand des Vereins Finanzwende, hält insbesondere die starke Stellung des Sparkassensektors im Zertifikatemarkt für problematisch.^[14]

Landesbanken

Die Landesbanken sind die regionalen Spitzeninstitute innerhalb der Sparkassenorganisation. Sie betreiben alle Bankgeschäfte und fungieren darüber hinaus als zentrale Verrechnungsstelle für den bargeldlosen Zahlungsverkehr.^[15] Über die Landesbanken hat die Sparkassenorganisation besondere Beziehungen zum [Finanzausschuss des Bundesrats](#), dessen Aufgabenbereich sich weitgehend mit den Zuständigkeiten des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) deckt.^[16] Laut „Finanzwende“ sitzen die Länder-Finanzminister*innen im Finanzausschuss des Bundesrats teils mit mehreren Hütern: Von Amts wegen sind sie Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende oder in Kontrollgremien der Landesbanken; gleichzeitig gestalten sie im Bundesrat Finanzpolitik mit.^[17] Sechs der 16 Mitglieder des Finanzausschusses seien bei Themen, die „ihre“ Banken betreffen, in Doppelrollen (Stand: 10/2024).

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Vernetzung von Sparkassen und Politik

Bei ihrer Lobbytätigkeit kommt den Sparkassen und ihren Verbänden ihre regionale Verankerung zugute. So spielen sie als größter nichtstaatlicher Förderer von Kunst, Kultur und Sport in Deutschland eine wichtige Rolle in der Kommunal- und Landespolitik.^[18] Ihr Stiftungskapital hat 2022 ein Volumen von 2,83 Mrd. Euro erreicht. Einzigartige Einflussmöglichkeiten bietet die Repräsentanz von Politikern in den Verwaltungsräten der Sparkassen, die ein Lobbyist gegenüber der FINANZWENDE wie folgt beschreibt: „Den Parlamentariern ist durchaus bewusst, dass auch Landräte und Bürgermeister der eigenen Partei in den Verwaltungsräten der Sparkassen sitzen. Wenn die Sparkassen nun ein Problem haben, kann es passieren, dass sie nicht nur vom Verband, sondern auch von den eigenen Leuten angesprochen werden. Das hat dann einen Kaskadeneffekt. Von den Grünen bis zu den Konservativen: Im Europaparlament und im Bundestag wollen alle an der Seite der Sparkassen stehen.“^[19]

Der Verwaltungsrat berät den Vorstand einer Sparkasse und überwacht dessen Geschäftsführung.^[20] Damit nimmt er auch Einfluss auf grundsätzliche Fragen der Geschäftsausrichtung und der beabsichtigten Geschäftspolitik einer Sparkasse. Der Verwaltungsrat ist in der Regel zu einem Drittel aus Arbeitnehmern

und zu zwei Dritteln mit Mitgliedern aus der Politik besetzt, die vom Gemeinderat, der Stadtverordnetenversammlung oder dem Kreistag gewählt werden.^[21] Nach einer Recherche der „Welt am Sonntag“ aus dem Jahr 2018 unter den 20 größten Sparkassen in freier Trägerschaft und den Parteimitgliedschaften der gewählten Verwaltungsräte gehörten 43 % der Kontrolleure der CDU/CSU an, 34 % der SPD und knapp 10 % den Grünen.^[22] Über den Verwaltungsrat erhält das Sparkassenmanagement einen privilegierten Zugang zu Politikern, was die Lobbyarbeit erleichtert. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) befürchten einen Interessenkonflikt, wenn ein Mitglied im Aufsichtsorgan zugleich eine Position mit hohem politischen Einfluss bekleidet.^[23] Die EZB hat auch Indizien dafür gefunden, dass Sparkassen versuchen, sich die Politik gefügig zu machen.^[24] Sie konnte nachweisen, dass die Sparkassen ihrem jeweiligen Bundesland plötzlich mehr Geld leihen, sobald dort die politische Macht wechselt. Die unzulängliche Aufsicht durch den Verwaltungsrat illustriert der Finanzwissenschaftler Ralf Jasny wie folgt: "Eine kleine Sparkasse in Sachsen hat zum Beispiel im Jahr 2020 mit Aktien und Aktienderivaten innerhalb eines Jahres über 47 Millionen Euro verspekuliert. Das entspricht rund 500 Euro pro Einwohner im Einzugsgebiet. Hierzu nimmt kein Sparkassenfunktionär Stellung. Der örtliche Landrat – immerhin als Verwaltungsratsvorsitzender für die Geschäftspolitik der Sparkasse und deren Überwachung verantwortlich – sagte dazu in der Lokalzeitung lediglich: „Bankgeschäft wird nie risikolos sein.“^[25]

Der Posten des DSGVO-Präsidenten gilt als Erbhof der Union.^{[26][27]} Über ihr Spendenwesen seien die öffentlich-rechtlichen Institute tief verankert in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, in denen CDU/CSU eine starke Stellung haben.

Besonders ausgeprägt sind die Verflechtungen mit der CSU. So war der CSU-Politiker [Georg Fahrenscho](#)n von 2011 bis 2017 Präsident des DSGVO (frühere Positionen: Bayerischer Staatsminister der Finanzen, Mitglied des Bayerischen Landtags und des Deutschen Bundestags, Stellv. Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes München-Land). Der designierte DSGVO-Präsident und langjährige CSU-Politiker Ulrich Reuter war von 2002 bis 2020 Landrat des Landkreises Aschaffenburg und in dieser Funktion alternierend Vorsitzender bzw. Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau. Seit 2021 ist er Präsident des Sparkassenverbandes Bayern.^[28] Weiterhin sitzt er im Vorstand des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), dem einflussreichen Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Der EU-Parlamentarier [Markus Ferber](#) (CSU/EVP), Mitglied des Europäischen Parlaments und Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON), sitzt im Verwaltungsrats der Kreissparkasse Augsburg und war Mitglied im Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen im Sparkassenverband Bayern. Ulrich Lange, Mitglied im Parteivorstand der CSU und Stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist Mitglied des Verwaltungsrats und des Zweckverbands der Sparkasse Dillingen-Nördlingen sowie Vorstandsmitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#).^{[29][30]}

Interessenvertretung in Deutschland

Im Rahmen der Lobbyarbeit steht der DSGVO im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Politik. Regelmäßig kommentieren führende Expertinnen und Experten aus der Sparkassen-Finanzgruppe in Stellungnahmen, Diskussionsrunden und ähnlichen dem Austausch dienenden Formaten Fragen der konjunkturellen Entwicklung sowie der Finanz-, Verbraucher- und Wirtschaftspolitik.^[31]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Verband an, (Stand: 21.04.2023):

- im Jahr 2021 5.500.001 bis 5.510.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 121 bis 130 Lobbyist:innen zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#)).

Der DGSV ist Mitglied der [Deutschen Kreditwirtschaft](#), der Interessenvertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände. Diese besteht aus dem [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR), dem [Bundesverband Deutscher Banken](#), dem [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#), dem Verband deutscher Pfandbriefbanken und dem DGSV. Er gehört weiterhin zu den Mitgliedern der [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#), die Parlamentarische Abende veranstaltet.^[32]

Interessenvertretung in Brüssel

Im EU Transparenzregister beschreibt der DGSV seine Tätigkeit wie folgt: Entwicklung von Stellungnahmen für bedeutsame Regulierungsvorhaben und Einbringung gegenüber Entscheidungsträgern. Im EU Transparenzregister gibt der DGSV an, für das Jahr 2022 (Stand: 02.06.2023):

- 1.750.000 bis 1.999.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- acht Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 11,4) zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#)).

Laut EU Transparenzregister hatte der DGSV Von 2015 - 05/2023 insgesamt 52 Treffen mit Vertretern der EU Kommission. Ein Parlamentarischer Abend des DGSV wird jährlich im Brüsseler "Concert Noble" organisiert.^[33] Grenzüberschreitend kooperiert der DGSV mit der Europäischen Sparkassenvereinigung (ESV)/[The European Savings and Retail Banking Group](#) (ESBG) und dem Weltinstitut der Sparkassen (WIS)/[The World Savings and Retail Banking Institute](#) (WSBI). Während in der ESV die Sparkassenorganisationen aus 15 EU-Mitgliedsstaaten und zwei weiteren europäischen Ländern vertreten sind, ermöglicht das WIS den Erfahrungsaustausch zwischen den Sparkassenorganisationen auf globaler Ebene. Seit 1994 sind ESV und WIS durch eine gemeinsame Geschäftsstelle in Brüssel miteinander verbunden.^[34]

Leiter der Abteilung Europaangelegenheiten ist Jiří Zapletal (Frühere Positionen: Leiter der Vertretung des Freistaats Sachsen bei der EU, Policy Officer und stellvertretender Referatsleiter bei der EU-Kommission (DG FISMA) sowie stellvertretender Referatsleiter (Finanzattaché) an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU.^[35]

Seitenwechsel

Der DGSV, der mit der Union bestens vernetzt ist, hat auch ehemalige SPD-Politiker in seine Lobbyarbeit eingebunden. Beispiele sind:

Peter Simon. Der ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Peter Simon, wurde im Februar 2020 Bevollmächtigter des DGSV bei der Europäischen Union.^[36] Er war von 2009 bis 2019 Europa-Abgeordneter der SPD und als Mitglied der S&D-Fraktion stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses (ECON) sowie Berichterstatter im ECON-Ausschuss für die Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und -verordnung (CRD V / CRD II) und die Richtlinie zum Einlagensicherungssystem (DGS).^[37] Im Januar 2021 wechselte er als Geschäftsführer zur Europäischen Sparkassenvereinigung (ESNG) /Weltinstitut der Sparkassen (WSBI), die mit dem DGSV kooperieren.^[38]

Friedrich Paulsen. Paulsen wechselte 2016 vom Leiter des Büros des SPD-Abgeordneten Bernhard Daldrup zum DSGVO als Abteilungsdirektor Politische Kommunikation. Seit 07/2024 leitet er die Stabsstelle Politik & Regierungsbeziehungen.^[39]

Mitgliedschaften (Auswahl)

- [Die Deutsche Kreditwirtschaft \(DK\)](#)
- [Arbeitsgemeinschaft Mittelstand](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Zentralverband des Deutschen Handwerks](#)
- [Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft](#)
- [Europäische Sparkassenvereinigung \(ESV\)/The European Savings and Retail Banking Group \(ESBG\)](#)
- [Weltinstitut der Sparkassen \(WIS\)/The World Savings and Retail Banking Institute \(WSBI\)](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [Eurofi](#)
- [Kangaroo Group](#)

Quellen: ^[40]^[41]

Die folgenden Landesbanken sind Mitglied im [Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands](#): BayernLB, Landesbank Baden-Württemberg, Landesbank Hessen-Thüringen, [NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale](#), SaarLB sowie die Landesbank/Berliner Sparkasse, die als regionale Universalbank mit öffentlichem Auftrag agiert.^[42]

Fallbeispiele

Mitwirkung beim CumEx-Steuerraub

Nach Recherchen von „Finanzwende“ haben die DekaBank und mehrere Landesbanken beim CumEx-Steuerraub mitgewirkt, bei dem ein Netzwerk aus Banker*innen, Berater*innen und Superreichen jahrelang Aktien im Kreis handelte und sich einmal gezahlte Steuern mehrfach erstatten ließ.^[43] So sei ein Mitarbeiter des DSGVO über geplante Gesetze im Finanzministerium stets bestens informiert gewesen und habe für 1.000 Euro im Monat seine Infos an den Anwalt Hanno Berger, einen der Haupt-Strippenzieher und Profiteure von CumEx, weitergegeben. Berger habe dadurch Zeit gehabt, die kommende Gesetzesänderung zu analysieren und nach den eigenen Vorstellungen zu beeinflussen. Später habe der DSGVO den früheren Finanzrichter Arnold Radmackers als eine Art Doppelagenten im Finanzministerium ko-finanziert, mit dessen Infos die Branche immer wieder Ausweichstrategien entwickeln konnte.

Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht neben dem Präsidenten aus mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Der Präsident ist zugleich Vorsitzender des Vorstands. Mitglieder des Vorstands sind:

- Helmut Schleweis (Präsident)
 - Vorsitzender des Verwaltungsrats der DekaBank Deutsche Girozentrale
 - Mitglied des Vorstands des [Bundesverbandes Öffentlicher Banken](#)
 - Mitglied des Verwaltungsrats der KfW-Bankengruppe
 - Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG
- Thomas Mang, Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen
- Stephan Winkelmeier (Vizepräsident), Vorsitzender des Vorstandes der Bayerischen Landesbank
- Walter Stromeier (Vizepräsident), Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Niederbayern-Mitte
- Markus Lewe (Vizepräsident), CDU-Politiker, Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetages

Geschäftsführende Vorstandsmitglieder sind

- Karolin Schriever (zuständig für Wirtschaft, Politik und Bankensteuerung)
- Joachim Schmalzl (zuständig für die Geschäfts- und Digitalisierungsstrategie)

(Stand: 05/2023)

Mitgliederversammlung

Die Aufnahme als ordentliche Mitglieder können die für die deutschen Länder oder Landesteile gebildeten rechtsfähigen Sparkassen- und Giroverbände sowie die Girozentralen beim Gesamtvorstand des Verbandes beantragen (§ 3 der Satzung des Verbandes). Als außerordentliche Mitglieder können dem Verband beitreten: Verbände gemeinnütziger Sparkassen und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, öffentlich-rechtliche Verbände sonstiger Art, Anstalten des öffentlichen Rechts, Landesbausparkassen und sonstige Unternehmen, deren Geschäftsanteile ausschließlich durch Mitglieder der Sparkassenorganisationen gehalten werden, Unternehmen der Sparkassenorganisationen auf Bundesebene. Die Mitgliederversammlung besteht aus den ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern, den Ehrenmitgliedern sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Die Mitgliederversammlung ist u.a. für die Wahl des Präsidenten zuständig.

Weiterführende Informationen

- [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024
2. ↑ [Aufgaben und Organisation](#), dsgv.de, abgerufen am 23.05.2023

3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
4. ↑ [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#), service.bund.de, abgerufen am 25.05.2023
5. ↑ [Oberste Sparerschützer? Von wegen](#), sueddeutsche.de vom 13.03.2024, abgerufen am 14.03.2024
6. ↑ [Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags: Gemeinwohlorientierung von Sparkassen](#), bundestag.de, abgerufen am 13.03.2024
7. ↑ [Sparkassen](#), dsgv.de, abgerufen am 04.06.2021
8. ↑ [EU kritisiert Politiker in Verwaltungsräten von Banken](#), nw.de vom 02.06.2017, abgerufen am 04.06.2023
9. ↑ [Sachkunde in Verwaltungsräten: Schwarz-Grün in Kiel knickt vor Sparkassenlobby ein](#), finanzbusiness.de vom 11.05.2023, abgerufen am 04.06.2023
10. ↑ [Medieninformation](#), sgvsh.de vom 26.04.2023, abgerufen am 04.06.2023
11. ↑ [Sparkassen](#), dsgv.de, abgerufen am 04.06.2021
12. ↑ [Was die Sparkassen mit ihren Kundengeldern machen](#), idw-online.de vom 11.07.2022, abgerufen am 04.06.2023
13. ↑ [Niedrige Zinsen für die Kunden - hohe Gewinne für die Banken](#), sueddeutsche.de vom 12.03.2024, abgerufen am 13.03.2024
14. ↑ [Vielen Zertifikate-Käufern drohen Verluste](#), stuttgarter-nachrichten.de vom 07.04.2020, abgerufen am 13.04.2024
15. ↑ [Landesbanken](#), dsgv.de, abgerufen am 14.11.2024
16. ↑ [Finanzausschuss des Bundesrats](#). bundesrat.de, abgerufen am 14.10.2024
17. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024
18. ↑ [Sparkassen-Finanzgruppe: Gemeinwohlorientiertes Engagement auf rund 400 Millionen Euro gestiegen](#), dsgv.de vom 25.05.2023, abgerufen am 30.05.2023
19. ↑ [Auf Kosten der Verbraucher*innen - Provisionsvertrieb bei Finanzprodukten, 09.12.2022](#), finanzwende.de, abgerufen am 05.06.2023
20. ↑ [Was macht eigentlich der Verwaltungsrat einer Sparkasse?](#), svn.sparkasse.de vom 07.10.2021, abgerufen am 30.05.2023
21. ↑ [CDU und CSU haben großen Einfluss auf die Sparkassen](#), welt.de vom 17.06.2018, abgerufen am 30.05.2023
22. ↑ [CDU und CSU haben großen Einfluss auf die Sparkassen](#), welt.de vom 17.06.2018, abgerufen am 30.05.2023
23. ↑ [EU kritisiert Politiker in Verwaltungsräten von Banken](#), nw.de vom 02.06.2017, abgerufen am 04.06.2023
24. ↑ [Allzu große Nähe](#), sueddeutsche.de vom 14.01.2018, abgerufen am 23.05.2023
25. ↑ [Das Risiko bei den Sparkassen verschwindet nicht, wenn man die Augenverschließt](#), focus.de vom 22.07.2022, abgerufen am 04.06.2023
26. ↑ [Früherer Landrat wird neuer Sparkassen-Präsident](#), sueddeutsche.de vom 16.01.2023, abgerufen am 30.03.2023
27. ↑ [Schleweis-Nachfolge - Konfusion im „schwarzen Kanal“](#), platow.de vom 06.01.2023
28. ↑ [Prof. Dr. Ulrich Reuter zum neuen DSGVO-Präsidenten gewählt](#), dsgv.de vom 06.03.2023, abgerufen am 30.05.2023
29. ↑ [Biografie](#), bundestag.de, abgerufen am 01.06.2023
30. ↑ [Wahl des neuen Verwaltungsrates](#), landkreis-dillingen.de vom 21.07.2020, abgerufen am 01.06.2023
31. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
32. ↑ [Parlamentarischer Abend Mittelstand](#), raiffeisen.de vom 21.03.2024, abgerufen am 29.03.2024
33. ↑ [Sparkassen und Europa gehören zusammen](#), sparkassetogo.de, abgerufen am 26.05.2023

34. ↑ [Sparkassen International](#), dsgv.de, abgerufen am 26.05.2023
35. ↑ [https://www.dsgv.de/newsroom/presse/240715_PM_Interessenvertretung_40.html] Pressemitteilung vom 16.07.2024, abgerufen am 17.11.2024
36. ↑ [Peter Simon ist Bevollmächtigter des DSGVO bei der Europäischen Union](#), dsgv.de vom 12.02.2020, abgerufen am 16.11.2024
37. ↑ [Peter Simon](#), linkedin.com, abgerufen am 16.11.2024
38. ↑ [Our Team](#), wsbi-esbg.org, abgerufen am 16.11.2024
39. ↑ [Paulsen leitet Politik & Regierungsbeziehungen beim DSGVO](#), politik-kommuniation.de vom 12.08.2024, abgerufen am 16.11.2024
40. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.05.2023
41. ↑ [EU-Transparenz-Register](#), ec.europa.eu, abgerufen am 03.06.2023
42. ↑ [Mitglieder](#), voeb.de, abgerufen am 14.11.2024
43. ↑ [Die Lobbymacht der Sparkassen, Finanzwende Oktober 2024](#), finanzwende.de, abgerufen am 14.11.2024